



lětonis 70 2023

Zeitschrift für Sorabistik und vergleichende Minderheitenforschung
Časopis za sorabistiku a přirunowace mjeńšinowe slědženje
Casopis za sorabistiku a pšrownujuce mjeńšynowe slěženje
Journal for Sorbian and Comparative Minority Studies

Jenny Hagemann

Tagungsbericht Deutscher Kongress für Geographie.
Frankfurt am Main, 19.–23.09.2023

Tagungsbericht Deutscher Kongress für Geographie. Frankfurt am Main, 19.–23.09.2023.

Vom 19. bis 23. September 2023 organisierte die Deutsche Gesellschaft für Geographie ihren diesjährigen Kongress unter dem Motto „Planetary Futures“. Einen reflexionsanregenden Raum hierfür bot die Goethe-Universität Frankfurt am Main, deren heutiger Campus auch das Hauptgebäude der ehemaligen IG Farben umfasst. Ein vollständiger Bericht über den Kongress ist kaum möglich, umfasste das Angebot für jeden Zeitslot doch zwischen drei und 32 parallel stattfindende Panels. Daher werden nachfolgend jene Panels kommentiert und zugleich diskutiert, welche von der Autorin als besonders anschlussfähig für die transdisziplinäre Sorabistik angesehen werden. Der Schwerpunkt liegt dabei auf raumbildenden und Transformationsprozessen.

Das Sorbische Institut/Serbski institut war mit einem Beitrag von Hannah Wellpott und Jenny Hagemann in dem zweiteiligen Panel „Erinnerungslandschaften im Wandel und Praktiken ortsbezogenen Erinnerns“ vertreten, welches Sebastian Kinder von der Eberhard-Karls-Universität Tübingen und Haik Thomas Porada von der Universität Bamberg organisiert hatten. Die inhaltlich hervorragend aufeinander aufbauenden Beiträge schärfen zunächst den Begriff der „Erinnerungslandschaft“ aus verschiedenen disziplinären Perspektiven und boten darauf aufbauend anschlussreiche Erkenntnisse aus Fallstudien weltweit.

Den Auftakt bildete Peter Jordans (Österreichische Akademie der Wissenschaften, Wien) theoretische Reflexion zu Kulturlandschaften und Regionen im östlichen Europa. Jordans Argumentation, strukturelle Regionen basierten auf kulturellen Regionen im Sinne historisch-soziokultureller Herrschafts- und Zugehörigkeitsräume, lässt sich jedoch nur bedingt auf aktuelle Konstruktionen von Regionen in Transformationsprozessen übertragen. Die Lausitz ist dafür ein sprechendes Beispiel: Hier zeigt sich „die Region“ eher als Produkt ökonomischer, politischer und sozio-kultureller Bedarfe, als Förderraum für Strukturstärkungsmittel, als Zweckverband oder – teils der neueren Berichterstattung zufolge – als rechtsgerücktes „Sorgenkind“, dem es aufgrund nach wie vor deutlicher xenophober Stimmungen und Taten nicht gelingt, die so dringend benötigten internationalen Fachkräfte nach ihrem Studium an der Brandenburgisch-Technischen Universität in der Region zu halten. Das Lausitzer Beispiel legt im Kontrast zu Jordan nahe, dass die Funktion historischer Räume (wie die Ober- und Niederlausitz) als Referenzrahmen für die Gegenwart in Transformationsprozessen schwinden kann, wenn der prozessprägende administrative Rahmen eine Neuorientierung – hier unter anderem als zusammenhängende „Wirtschaftsregion Lausitz“ – begünstigt.

Hierbei stellt sich die Frage, inwieweit Erinnerungspraktiken auf derartige Prozesse reagieren und ihrerseits Erinnerungslandschaften formen. Mariusz Czepczynski von der Universität Gdańsk folgte hierfür grundlegenden sozialkonstruktivistischen Ansätzen der Cultural Studies mit seinem Konzept der „critical memoryscapes“, welchen zufolge die Vergangenheit stets neu ausgehandelt, imaginiert und konsumiert wird. Ausgehend von der Vergangenheit als „set of lies“, welches von verschiedenen Akteuren als Mittel zur Herstellung von Ordnung und Zusammenhalt genutzt wird, stellt die „memoryscape“ jene Vergangenheit dar, die wir sehen wollen. Die Grenze dieses kritischen Ansatzes besteht laut Czepczynski vor allem in seiner Abwendung von Faktizität und Wahrheit – da ja alle Interpretationen der Vergangenheit lediglich verhandelt würden und daher gleichwertig nebeneinanderstünden –, wodurch sich die Wissenschaften letztlich gegen sich selbst richteten. Dies wirft für minorisierte Gruppen die Frage auf, welche Möglichkeiten ihnen

zur Etablierung eigener – und oft der Mehrheitsgesellschaft gegenüber kritischer – Interpretationen der Vergangenheit zur Verfügung stehen. Wenn kritische Ansätze zu einer „post-truth“ führen, wie können minorisierte Gruppen für die Anerkennung und Gültigkeit ihrer Interessen argumentieren?

Haeren Shin von der Seoul National University folgte dem Ansatz der „memory-scapes“ mit Beispielen erinnerungskultureller Praktiken in Protestbewegungen Südkoreas. Bemerkenswert war dabei ihre Erkenntnis, dass sich die marginalisierten, inoffiziellen Praktiken staatskritischer Gruppen in ihrer Form nicht signifikant von offiziellen Erinnerungspraktiken unterscheiden. Beide formen die Landschaft beispielsweise durch die Errichtung von Mahnmalen, um die wiederum Gedenkveranstaltungen organisiert und konzentriert werden. Der Unterschied besteht vielmehr in der Anerkennung dieser Praktiken durch staatliche Instanzen.

Einen ähnlich bedeutsamen Einfluss des Nationalen auf die Erinnerungskultur stellte David Fuchs (Universität Tübingen) in seinem Beitrag zu materiellem Kulturerbe auf der Kurischen Nehrung fest. Die extrem lange und schmale Halbinsel, welche im Norden zu Litauen gehört und im Süden zu Russland, ist seit dem Jahr 2000 als UNESCO-Welterbe anerkannt. Ihr Außergewöhnlicher Universeller Wert¹ besteht in ihrer weltweit einzigartigen Repräsentativität für die Landschaft der Sanddüne. Auf der Ebene des baulichen Erbes würden jedoch spezifische Materialien – wie die Bevorzugung roter statt lokal vorkommender weißer Ziegelsteine im russischen Gebiet – zum Träger und Kommunikationsmittel dezidiert nationaler Selbstverständnisse, welche den universalistischen Anspruch des Welterbes in Frage stellen und ihrerseits die Landschaft prägen.

Miriam Adam (Universität Osnabrück) bekräftigte den Erkenntnisgewinn durch Fokussierung auf das Materielle am Beispiel des Schlachtfeldes Hürtgenwald in Nordrhein-Westfalen. Die Erinnerungslandschaft, so Adam, entstünde durch ein Wechselspiel aus historischen Ereignissen – hier, militärischem Konflikt –, Nachnutzung und die Landschaft in Wert setzenden Erinnerungspraktiken, beispielsweise durch den Abtransport und Verkauf von „Schlachtfeld-Erde“. Sie warf abschließend die Frage auf, wie dem Schwinden derartiger Erinnerungslandschaften – durch letztgenannten „Abverkauf“, aber auch durch Umwelteinflüsse – begegnet werden kann. Mit Letzterem öffnete sie die Diskussion für den in der kulturgeographischen wie kulturwissenschaftlichen Forschung zunehmend an Bedeutung gewinnenden Ansatz der More-Than-Human-Studies oder Posthumanities, welche den Einfluss sowie die Agency nicht-menschlicher Akteure in den Fokus rücken.

Für die vergleichende Minderheitenforschung besonders anschlussfähig erwies sich auch Stefan Brauckmanns (Moses Mendelssohn Institut, Berlin) Beitrag zu Orten deutsch-jüdischer Geschichte. Anhand ausgewählter Praxisbeispiele verdeutlichte Brauckmann die Rolle von Besitzverhältnissen bei der Etablierung zuvor minorisierter Geschichtsverständnisse: Durch die Erwerbung spezifischer Immobilien mit jüdischer Geschichte gelänge es der Moses Mendelssohn Stiftung, diese Geschichte erinnerungskulturell aufzubereiten und den neuen Nutzer:innen der Gebäude zu vermitteln. Aufgrund der Besitzrechte erlange die Stiftung nicht nur weitreichende Deutungshoheit über die Interpretation der Vergangenheit selbst, sondern auch deutlich breitere Möglichkeiten

¹ Der Außergewöhnliche Universelle Wert, englisch „Outstanding Universal Value“ weist im Kontext der UNESCO-Welterbekonvention auf die überragende, übernationale Bedeutung einer Stätte hin. Er stellt zugleich den Kern einer Bewerbung auf Welterbestatus dar und wird daher individuell für jede potenzielle Stätte neu definiert.

ihrer Vermittlung, welche beispielsweise in Mietverträgen festgeschrieben werden könnte. Brauckmann unterstrich somit die bereits an anderer Stelle aufgestellte These, dass die kulturelle Sicherheit von Minderheiten nicht allein durch die Gewährung von Rechten seitens der Mehrheitsgesellschaft gesichert werden kann, sondern erst durch Strukturen garantiert wird, die das unabhängige und selbstständige Agieren minderheitenkultureller Akteure ermöglichen.

Auch Ayeseğül Dinccag Kahvegis (Technische Universität Berlin) Ausführungen zu imbrischen Siedler:innen bekräftigte die Bedeutung von Besitzrechten – hier: das Recht an Land – für die kulturelle Sicherheit autochthoner Minderheiten. Die Rückkehr griechisch geprägter Gruppen, welche die Insel Imbros, heute: Gökçeada, aufgrund von Repressalien seitens der türkischen Regierung in den 1960er-Jahren verlassen hatten, zeichnete Dinccag Kahvegis als einen komplexen Prozess individueller wie kollektiver Wieder- und Neu-Beheimatung. Der Diaspora-bedingten Diskontinuität werde nicht nur mit erinnerungskulturellen Praktiken wie der (Wieder-)Entdeckung lokaler Festtage begegnet, sondern es stelle sich in entscheidendem Maße auch eine juristische Frage, nämlich danach, wer ein Recht an dem Land der Insel besitze: Die Zurückkehrenden imbrischen Siedler:innen, welche ihre Höfe wieder in Betrieb nehmen und bewohnen wollen, oder die türkischen, kurdischen und anderen griechischen Menschen, welche die Höfe nach der Ausreise der imbrischen Bevölkerung besiedelten?

Hannah Wellpott und Jenny Hagemann (Sorbisches Institut/Serbski institut, Cottbus/Chóšebuz) brachten die Lausitzer Perspektive in die Diskussion ein. Ihr Beitrag „Lausitz in progress: Wandel einer Energie- und Erinnerungslandschaft“ zielte darauf ab, die Tagebaufolgelandschaft der Lausitz als eine dezidiert erinnernde Landschaft zu konzipieren und zu denken. Zwei zentrale Erkenntnisse zum Verständnis post-industrieller Erinnerungslandschaften arbeiteten sie dabei heraus: Erstens ließe sich aus einer historisierenden Perspektive anhand der Lausitz nachvollziehen, wie Beheimatung zur Konsolidierung post-industrieller Erinnerungslandschaften beiträgt. Gerade tagebaugeprägte Erinnerungslandschaften entstünden nicht nur als Reaktion auf den Verlust der vormals prägenden Industrie. Durch den Bedeutungsverlust der Industrie – konkret: nach der politischen Wende 1989 – und durch weitere gesamtgesellschaftliche Faktoren wie die Europäisierung deutscher Politik usw. differenziere sich vielmehr der Möglichkeitsraum für die Gestaltung und Interpretation der Erinnerungslandschaft aus. Durch die historisch gegebene Überschneidung des Lausitzer Braunkohlereviers mit dem Siedlungsgebiet der Sorben/Wenden sensibilisiere das Lausitzer Beispiel in einem zweiten Schritt für post-industrielle Landschaften als kulturell hybride Erinnerungsräume, als „Dritte Räume“, innerhalb derer Mehr- und Minderheitenverhältnisse anhand der Frage verhandelt werden, wer sich in ihr beheimatet und welche Heimat dabei verhandelt wird.² Die Landschaft sei daher nicht nur ein nostalgischer Sehnsuchtsort für Arbeiter:innen, die durch das nahende Ende der Braunkohle direkt betroffen sind, sondern auch ein Verhandlungsraum der Wieder- oder Neu-Beheimatung, der Aushandlung von Minderheiten- und Bevölkerungsrechten und damit der regionalen Identität.

Eine detaillierte Besprechung der sich anschließenden Panels ist wie bereits angemerkt aufgrund des Umfangs des Kongresses nicht möglich. Die thematischen Schwerpunkte der Panels seien im Folgenden daher zusammengefasst. In dem Panel „Sustainable Futures?! Perspektiven nachhaltiger Entwicklung auf regionaler und kommunaler Ebene

² TSCHERNOKOSHEWA (2011); BHABA (1994).

(2/3)³ arbeiteten Johannes Dittmann von der Universität Bonn mit seinem Beitrag zu Naturschutz-Megaprojekten im südlichen Afrika sowie Florian Weber (Universität des Saarlandes, Saarbrücken) und Sunna Kovanen sowie Leonard Weiss (Brandenburgisch-Technische Universität Cottbus-Senftenberg) anhand ihrer Fallstudien in und um Deutschland entscheidende Erfolgsfaktoren sowie Fallstricke für grenzüberschreitende Projekte der Regionalentwicklung heraus. Trotz des geographisch wie administrativ unterschiedlichen Kontextes wurde in der gemeinsamen Diskussion deutlich, dass es kommunal verankerter Zusammenarbeit in eigenständigen Strukturen des Zusammenschlusses bedarf, die sich an den Bedürfnissen und Expertisen der Bevölkerung vor Ort orientiert und nicht nationalen Entwicklungs- oder Repräsentationsstrategien den Vorzug geben darf – ein Spannungsfeld, in dem auch die Verhandlung des Lausitzer Strukturwandels stattfindet.

„Brauchen gegenwärtige Raumpolitiken eine historische Kontextualisierung?“, fragten die Teilnehmenden des Panels „Regionale Entwicklungsprozesse und territoriale Erinnerungsräume (2/2)“. Hier bestärkte Ludger Gailing (Brandenburgisch-Technische Universität Cottbus-Senftenberg) anhand seiner Untersuchung zum Verhältnis zwischen „Spreewald“ und „Lausitz“ noch einmal die von Peter Jordan hervorgehobene Bedeutung historischer Herrschaftsräume für die Ausbildung gegenwärtiger Regionalverständnisse, welche als „verschüttete institutionelle Grenzen“ in der Gegenwart weiterwirkten. Auf diese Weise entstünden sowohl formelle als auch nicht-formelle handlungsleitende Institutionen in der Landschaftsplanung, welche die Essentialisierung bestimmter Landschaftsbilder – zum Beispiel eben des Spreewalds als von der übrigen Lausitz abzugrenzender Kulturlandschaft – begünstige, da sie auf der Postulation und Herstellung von Singularität beruhten. Dies ergänzend betonte Martin Sondermann (Akademie für Raumentwicklung in der Leibniz-Gemeinschaft, Hannover) die Wirkung historisch gewachsener Kontinuitäten in der gegenwärtigen Stadt- und Landschaftsplanung. Hier sei weniger die Gegenwart mit ihrem aktuellen Bedarf entscheidend als vielmehr Rechtslagen und Planungsdokumente, welche teilweise über mehrere Jahrzehnte nicht aktualisiert würden. Dieser Gedanke gewinnt beispielsweise vor dem Hintergrund des Lausitzer Bergrechts (welches seit 1980 weitgehend unverändert besteht) noch einmal besonders an Gewicht. Gleichzeitig scheint es fraglich, inwiefern von einem „Ausgangspunkt Vergangenheit“ für die Planung gesprochen werden kann, da es stets gegenwärtige Planende sind, welche in der Gegenwart Bezüge zur Vergangenheit herstellen (oder auch nicht).

Für das tiefergehende Verständnis der Lausitz als post-industrieller Landschaft boten die Beiträge des Panels „Landscapes of Abandonment (3/4): Post-Mining/Industrial Landscapes“ besonders wertvolle Anknüpfungspunkte. So sensibilisierte Augustine Gyan (University of Bergen) mit Blick auf kleinumfänglichen Bergbau in Ghana dafür, dass die Nachnutzung einer Landschaft gerade dann konfliktvoll verhandelt wird, wenn diese bereits vor ihrer industriellen Inanspruchnahme mit einem besonderen sozio-kulturellen Wert versehen worden war. Ein Fehlen dieser vorangegangenen Inwertsetzung kann im Umkehrschluss auch einen Möglichkeitsraum für neue Nachnutzungsstrategien bieten. Die spanischen Fallbeispiele von Anna Clot-Garrell (Universität de Barcelona) und Pablo Arboleda (Spanish National Research Council) widmeten sich wiederum der post-industriellen Landschaft und ihrer Ruinen als „abandoned landscapes“, deren Verfall genau jenes kapitalistische Fortschritts-Narrativ in Frage stelle, welches den verschwundenen Industrien zuvor inhärent gewesen war. Gerade Ruinen böten einen

³ Mit „(2/3)“ u. ä. wurden diejenigen Panel gekennzeichnet, die mehrere Teile umfassten, hier Teil 2 von 3.

Reflexionsraum für die Wirkungen und Nachwirkungen verschwundener Industrien, der nicht zwingend einer institutionalisierten erinnerungskulturellen Aufbereitung bedürfe. Die Vortragenden knüpften damit an aktuelle Entwicklungen im internationalen Denkmalpflege-Diskurs an, welcher sich zunehmend den erinnerungskulturellen Chancen des kontrollierten Verfalls widmet.

Das Panel „Grüner Wasserstoff in der Energiewende: Mehr Energiegerechtigkeit oder grüner Extraktivismus? (2/2)“ ging aktuellen Möglichkeiten sowie Grenzen einer „just transition“ nach, welche sich auch in der Lausitz zunehmend entlang der Inwertsetzung grünen Wasserstoffes als eines zukünftigen Energieträgers entwickelt. Als besonders erkenntnisreich erwies sich der Diskussionsschwerpunkt um die Messbarkeit und Konzeptionierung von Gerechtigkeit in Dekarbonisierungsprozessen, vorgestellt von Stefanie Baasch (Universität Bremen) – da hier zunehmend auch eine „restorative justice“ gedacht werden müsse, welche vor allem mit Blick auf die Verflechtungen von sorbischer Kultur und Lausitzer Tagebau an Bedeutung gewinnt. Obwohl „Gerechtigkeit“ ein zentrales Schlagwort in der deutschen und europäischen Energiestrategie darstelle und sich auch in der nationalen Wasserstoffstrategie Deutschlands niederschläge, fehle es sowohl an Flächen als auch anderen Ressourcen für die Herstellung grünen Wasserstoffs. In der Lausitz stellt sich mit Blick auf die Weiternutzung von Tagebaufolgefleichen für Erneuerbare Energien durch den Tagebaubetreiber LEAG die Frage, wer von der Umstellung der Energieindustrie auf Wasserstoff profitiert. Flächen, die vormals im Besitz der Öffentlichkeit waren, verbleiben durch die Nachnutzung für Erneuerbare Energien in privater Hand, wodurch Profit-Kontinuitäten entstehen, die es innerhalb der Energiewende kritisch zu hinterfragen gilt.

Einen anregenden Impuls für das Neu- und Umdenken von Tagebaulandschaften lieferte auch Mareike Pampus (Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg) in dem Panel „Widerspenstige Lebewesen und eigensinnige Materialitäten: Aktuelle Perspektiven der Mehr-als-menschlichen Geographien und Tiergeographien (2/2)“. Pampus verdeutlichte durch ihre ethnographische Beforschung von Tier- und Naturschutzproblematiken im aktiven Lausitzer Tagebau die Rolle nicht-menschlicher Akteure bei der Gestaltung von Landschaft und die Verhandlung von Recht an dieser Landschaft. Abbruchkanten, Baggerspuren und nährstoffarme Böden bildeten attraktive Lebensräume für seltene (Pionier-)Arten, deren hoher Schutzstatus zu einem Nutzungskonflikt führe, da der Tagebau erst weitergeführt werden könne, wenn letztere das Areal wieder verlassen haben. Anhand der dadurch entzündeten Nutzungskonflikte wurde noch einmal besonders das komplexe Interessengeflecht deutlich, das die Nutzung und Nachnutzung industrieller Landschaften prägt.

In der Sonderveranstaltung „Daseinsvorsorge in den ländlichen Räumen Europas: Rückzug oder Innovationstreiber?“ diskutierten Tatjana Fischer (Universität für Bodenkultur Wien), Annett Steinführer (Johann Heinrich von Thünen-Institut, Braunschweig) und Alistair Adam Hernandez (ÖAR GmbH – Österreichische Arbeitsgemeinschaft für Eigenständige Regionalentwicklung) mit Rainer Danielzyk (Leibniz Universität Hannover) und Ingo Mose (Carl von Ossietzky Universität Oldenburg) über aktuelle Herausforderungen der Raumordnung, welche aufgrund der Digitalisierung, Individualisierung und Globalisierung aktueller Lebensweisen eines grundlegend neuen Verständnisses von Dorf und Ländlichkeit bedürfe. Hernandez plädierte für eine qualitative Bewertung örtlicher Vorsorgeeinrichtungen – Ärzte also nicht nur zu zählen, sondern auch deren fachliche Eignung mit Blick auf die Bedürfnisse der Ortsansässigen zu bewerten. Ähnlich argumentierte Fischer gegen eine Überfrachtung des Ehrenamtes und der Freiwilligkeit als Garant für funktionierende ländliche Räume, da es weniger eine Frage sei, ob sich

Menschen vor Ort engagieren wollten, sondern vielmehr, ob sie es könnten. Die Gebundenheit und die Bedürfnisse beispielsweise alleinerziehender Elternteile oder Menschen in prekären Arbeitsverhältnissen werde noch nicht genügend berücksichtigt. Statt Projekten und erwarteter ehrenamtlicher Tätigkeit bräuchten ländliche Räume eine kommunale Grundausstattung, die gutes Leben im Sinne einer sozio-ökonomischen Suffizienz ermögliche, bekräftigte Steinführer in der Diskussion. Dabei sei von Fall zu Fall zu differenzieren, wann sozio-kulturelle Ko-Produktion in der Daseinsvorsorge lediglich als Sparmaßnahme des Staates fungiere und wann sie hingegen zur sinnvollen Ausdifferenzierung örtlicher Angebote beitrage. Den Begriff der Gerechtigkeit noch einmal aufgreifend argumentierte Hernandez abschließend für selbstwirksame und selbstverantwortliche Verteilungsprozesse in Kommunen, deren Ergebnis nicht zwingend eine gerechte Verteilung von Ressourcen sei, sondern deren Verfahren gerecht gestaltet wären. Auf diese Weise könne die Neu-Organisation ökonomischer und kultureller Ressourcen, die Transformationsprozesse zentral kennzeichnet, nachhaltig organisiert werden.

Abschließend bot der Erfahrungsaustausch in dem Panel „Partizipation in der qualitativen Geographie: Perspektiven auf soziale Verantwortung in Forschungspartnerschaften“ erkenntnisreiche Anknüpfungspunkte für die Sorabistik, welche mehr denn je an der Schnittstelle zwischen Forschung und Gesellschaft agiert. Dabei profitierte die lebendige Diskussion vor allem von den unterschiedlichen geographischen wie demographischen Zuschnitten der vorgestellten Forschungsarbeiten. Partizipation zielt in gefestigten Räumen des Globalen Nordens eher auf die Selbstermächtigung, das Mitwirken und die Gemeinschaftsbildung der Forschungspartner:innen ab, wie in Heidi Kaspars (Berliner Fachhochschule) und Nathalie Sängers (United Nations University, Bonn) Beiträgen deutlich wurde. Dagegen gelte es, Forschungen zu Naturgefahren im Globalen Süden stärker an den aktuellen Lebenssituationen der Menschen vor Ort zu orientieren, wie Everjoy Grace Chiimba (Universität Bonn) und Eva Posch (Universität Innsbruck) aufzeigten. Die fehlende materielle Grundsicherung von Menschen in Katastrophengebieten werfe beispielsweise die ethisch komplexe Frage nach der monetären Teilhabe von Beforschten auf, oder anders formuliert: Haben Menschen, die soeben durch einen Zyklon ihren sämtlichen Besitz verloren und kaum Zugang zu Strom oder fließendem Wasser haben, ein Anrecht auf finanzielle Kompensation für ihr Mitwirken an wissenschaftlicher Forschung? Ähnlich komplex gestalte sich die auf Gleichberechtigung ausgerichtete Forschung mit Kindern, wie Antonia Appel und Dana Ghafoor-Zadeh (jeweils Pädagogische Hochschule Freiberg) ausführten. In der Diskussion wurde deutlich, dass bislang nur wenige Richtlinien bestehen und auch wenig Forschungskonsens darüber herrscht, wie gute Partizipation von Forschungspartner:innen definiert und umgesetzt werden kann. So bekräftigte Maria Eugenia Winter (Goethe-Universität Frankfurt am Main) aus ihrer dekolonialen Perspektive heraus die Notwendigkeit einer kontextorientierten Gleichberechtigung – statt einer vereinfachenden Gleichbehandlung – zwischen Forschenden und Beforschten, welche nicht nur die aktuelle Situation Letzterer berücksichtige, sondern auch die historisch gewachsene Situiertheit in (post-)kolonialen Strukturen.

Rückblickend scheinen drei miteinander verwobene Ansätze beziehungsweise Themenfelder der aktuellen Human- und Kulturgeographie, welche fachhistorisch sehr dicht an ethnographischen und kulturwissenschaftlichen Fragestellungen orientiert ist, besonders anschlussfähig für eine transdisziplinär verstandene Sorabistik im Forschungsraum Lausitz: Da wäre zuerst die post-industrielle Landschaft als Erinnerungslandschaft oder *Memoryscape*, da erinnernden Praktiken im Zuge von Deindustrialisierung zunehmende Bedeutung bei der Aushandlung von Raumbildern, regionalen Selbstverständnissen und

Beheimatung zukommt. Dies gilt vor allem vor dem Hintergrund der aktuellen Welterbeinitiative für die Lausitzer Tagebaufolgelandschaften.⁴ Anknüpfend an das zweite große Themenfeld – der Gerechtigkeit – ist in der Lausitz an dieser Stelle nach einer Erinnerungsgerechtigkeit zu fragen, wie also minorisierte Vergangenheitsvergegenwärtigungen, -interpretationen und -narrationen in den erinnernden und vererbenden Diskurs eingebracht, anerkannt und mit darüber hinaus gehenden Perspektiven verbunden werden können, um so eine nachhaltige und zukunftsgerichtete Erinnerungslandschaft zu schaffen.

Dabei beschränken sich das Konzept der Gerechtigkeit, die Möglichkeiten ihrer Umsetzung und die generellen Implikationen von Gerechtigkeit für die Forschung mit Menschen keinesfalls auf erinnerungskulturelle Fragen, sondern sie bestimmen den aktuellen Fachdiskurs auf mehreren Ebenen. In der Raum- und Energieplanung ist nach Verteilungs- und Verfahrensgerechtigkeit zu fragen, in der Feldforschung nach Partizipation und Kompensation der Beteiligten. Feststellen ließ sich ein deutlicher Wille zur Vermeidung selbstgenügsamer „Helikopterforschung“ (Eva Posch), doch werden die konkreten Schritte heraus aus dem Elfenbeinturm kontrovers diskutiert und sind stets differenziert zu beurteilen. So scheint der Anspruch unbedingter Selbstermächtigung als Ziel partizipativer Forschung gerade in Minderheitenkontexten nicht immer sinnvoll. Als zuträglicher könnte sich hier das Ziel der Selbstbestimmung erweisen, welches auch die selbstständige Gestaltung oder gar Ablehnung von Partizipation einschließt und den Beteiligten mehr Handlungsmacht bietet.

Darüber hinaus unterstrichen zahlreiche der besprochenen Beiträge die Bedeutung juristischer Aspekte von Gerechtigkeit, insbesondere von Recht an Land. Beispiele wie jenes der imbrischen Rückkehrer:innen zeigten auf, dass Minderheitenrechte erst dann ihr schützendes und unterstützendes Potenzial entfalten, wenn sie räumlich verankert sind beziehungsweise eine räumliche Verankerung der betreffenden Gruppen garantieren.

Als drittes Themenfeld öffnet wiederum der viel rezipierte More-Than-Human-Ansatz den Blick für die Wechselwirkungen von Minderheiten- und Naturschutz: Da hier Tieren und Naturräumen sowohl Handlungsmacht als auch Handlungsrecht zugesprochen wird, ermöglicht der Ansatz ein ganzheitlicheres Verständnis von Land-Mensch-Beziehungen, welche sich wechselseitig bedingen und verändern. Kulturelle Praktiken wie beispielsweise sorbische/wendische Bräuche und Traditionen lassen sich demnach nicht nur als landschaftsprägend, sondern auch als landschaftsgeprägt verstehen. Träger:innen sorbischer/wendischer Kulturpraktiken sind demnach eingebettet in ein komplexes Beziehungsgeflecht aus menschlichen und nicht-menschlichen Akteuren – ein Gedanke, der

⁴ Den Kern der Initiative bilden die beiden aufeinander aufbauenden Forschungsverbünde „Lausitzer Bergbaufolgelandschaften als UNESCO Welterbe im Rahmen des WIR! Bündnisses Land-Innovation-Lausitz“ (Laufzeit: Juli 2020 bis Dezember 2021) und „Strategie- & Managemententwicklung für die Welterbeinitiative der Lausitzer Tagebaufolgelandschaft“ (Laufzeit: September 2022 bis Februar 2025), innerhalb derer das Sorbische Institut/Serbski institut mit den Partnern Institute for Heritage Management (Cottbus), der Brandenburgisch-Technischen Universität Cottbus-Senftenberg sowie dem Tourismusverband Lausitzer Seenland und dem Institut für Neue Industriekultur zusammenarbeitet. Auf Basis der dort durchgeführten Arbeiten reichte das Brandenburgische Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kultur im Herbst 2021 einen Tentativantrag für die Lausitzer Tagebaufolgelandschaft bei der Kultusministerkonferenz (KMK) ein. Am 4. Dezember 2023 empfahl die KMK den Antrag zunächst nicht für die deutsche Tentativliste weiter. Im Projektrahmen werden nun die im entsprechenden Abschlussbericht veröffentlichten Kritikpunkte geprüft und das weitere Vorgehen – zum Beispiel die Abwägung weiterer Anerkennungs- und Schutzmechanismen wie das Europäische Kulturerbesiegel – präzisiert (Stand: Dezember 2023).

wiederum die Forderung nach Recht auf Land stärkt und durch die Beobachtung gestützt wird, dass im Zuge tagebaubedingter Umsiedlungen solche Praktiken vermehrt verloren gingen, da entscheidende nicht-menschliche Akteure dieses Beziehungsgeflechtes zerstört wurden.

Als selbst inter- und transdisziplinär aufgestellte Fachrichtung profitiert die Sorabistik in allen genannten Bereichen – und weit darüber hinaus – durch die Auseinandersetzung mit kultur- und humangeographischen sowie raumwissenschaftlichen Fragestellungen, Konzepten und Methoden, wie sich auch in den letzten Jahren bereits in der konkreten Forschungszusammenarbeit am Sorbischen Institut/Serbski institut gezeigt hat. Die inhaltlichen Anknüpfungspunkte und Schnittmengen der hier skizzierten Beiträge bekräftigen dies deutlich.

Literatur

BHABA, Homi K. 1994: *The location of culture*. London.

TSCHERNOKOSHEWA, Elka 2011: Die hybridologische Sicht. Von der Theorie zur Methode, in: TSCHERNOKOSHEWA, Elka; KELLER, Ines (Hgg.), *Dialogische Begegnungen. Minderheiten – Mehrheiten aus hybridologischer Sicht*. Münster/New York, S. 11–30.

Jenny Hagemann